Konsolidierung im Bundesstaat

Können wir uns Konsolidierung leisten? Zwischen Muss und Machbarkeit

Pressegespräch

5. November 2025

Peter Biwald, Michael Getzner, Karoline Mitterer

Wie trotz Konsolidierungsbedarf ein gutes und zwischen den Ebenen abgestimmtes Leistungsangebot erhalten und weiterentwickeln?

Konsolidierung im Bundesstaat

- Ziel: Ausgeglichenheit und Nachhaltigkeit der Budgetpolitik
- Reformen: Einnahmen, Ausgaben und Aufgaben
- Aspekte: Staatsquote, Verteilungswirkung, kurz vs. langfristig, Paradigmenwechsel
- Planung & Politiken
- Polit-ökonomische Dimensionen: Anspruchsgruppen, Klientel-Politik, Wahlzuckerl, politische Machbarkeit
- Föderalismus: Gesamtstaat vs. Einzelebenen-Betrachtung, Zuständigkeiten, etc.

Strukturelle Problemlagen im Bundesstaat

1. Unterschiedliche Dynamiken der Aufgabenbereiche
2. Mängel in der Verschränkung der Finanzierungs- und Aufgabensteuerung
3. Effizienzmängel in der bestehenden Mittelverteilung

- Beispiel Pflege 2014-2023: Pflegegeld (Bund) +20%,
  Auszahlungen Pflegedienstleistungen (Länder/Gemeinden) +76%
- Beispiel Umlagen: 2014 Reduktion der Gemeinde-Ertragsanteile um 47%,
  Prognose für 2028 bei 61%
- Beispiel Kinderbetreuung: Schwankung Kinderbetreuungsquote
  unter 3-Jährige zwischen 22,9% (Stmk) und 46,4% (Wien),
  aber nur teilweise Zusammenhang mit Nettoausgaben

I. Gebietskörperschaftsübergreifende Abstimmung

- Rasche Umsetzung von Reformen in einzelnen Aufgabenbereichen
  - über die Reformpartnerschaft hinaus (Gesundheit, Bildung, Energie)
  - v.a. auch Klimaschutz und -wandelanpassung, Pflege
- Aufgabenorientierung im Finanzausgleich – jetzt starten!
  - ganzheitlicher aufgabenorientierter Ansatz statt Flickwerk
  - gleicht Aufgabenverschiebungen zwischen den Ebenen aus
  - berücksichtigt demografische Veränderungen
- Gewährleistung der Gemeindeautonomie durch geeignete Rahmenbedingungen durch Bund und Länder
  - Grundsteuerreform und Umlagen entflechten

II. Priorisierung der Aufgabenfelder

- Effizienzpotenziale unmittelbar heben
  - Verwaltungsvereinfachungen nutzen (einfachere Prozesse, Hinterfragen von gesetzlich vorgegebenen Standards)
  - stärkeres Lernen voneinander zwischen Bundesländern – z.B. bestehen bei Gesundheit und Pflege sehr untersch. Leistungsangebote
- Wirkungskontrolle als Pflicht
  - z.B. abgestimmte und zielorientierte Förderungen (z.B. Reduktion klimaschädlicher Subventionen)
- Notwendige Priorisierung der Aufgabenbereiche durch die Politik
  - auf Basis eines positiven Zukunftsbilds Richtung sozial-ökologischer Transformation

III. Koordinierte Anpassung der Leistungsangebote

- Stärkung der (klein)regionalen Planungsebene
  - Regionsgemeinden rechtlich ermöglichen
  - Gemeindeübergreifende Infrastruktur (z.B. Kindergärten, Bauhöfe)
- Verbesserte regionale Planung von Infrastruktur
  - beugt übermäßigem Bodenverbrauch und künftigen Infrastrukturkosten der Gemeinden vor
  - z.B. Zusammenführen von Krankenanstalten
  - z.B. Zusammenspiel Straßeninfrastruktur und Ausbau Öffentlicher Verkehr

Regionsgemeinde

- 5 bis 7 Gemeinden bilden eine Regionsgemeinde *(politisch gewählt, Erbringung und Finanzierung regionaler Aufgaben)*
- Ortsgemeinden bleiben als Teil der Regionsgemeinde bestehen

Können wir uns Konsolidierung leisten?

- Konsolidierung ist alternativlos
- Zusammenarbeit zwischen Ebenen notwendig, kein gegeneinander ausspielen
- Finanzielle Einsparungen nicht auf Kosten der sozial-ökologischen Transformation
- Klare politische Entscheidungen, auch wenn sie unpopulär sind

Ansprechpartner*innen

Dr.in Karoline Mitterer

DDr. Michael Getzner

Mag. Peter Biwald

Dr. Johann Bröthaler